

Deutschlandsberger Volksstimme



Informationsblatt der steirischen KPÖ – Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt

Ausgabe Nr. 30 - 2/2023

Zeitung der KPÖ Deutschlandsberg

Mai 2023

Bundesregierung versagt beim Mietendeckel Deutschlandsberg soll ein Zeichen setzen

Mit 1. April sind die Richtwertmieten in ganz Österreich um 8,6 Prozent gestiegen. Durch politisches Hickhack hat die Bundesregierung aus ÖVP und Grünen die Teuerung weiter angetrieben – und das auf dem Rücken der Mieterinnen und Mietern. Anstatt, wie in anderen EU-Ländern geschehen und von zahlreichen ExpertInnen empfohlen, die Mieten zu deckeln hat man sich auf eine Einmalzahlung geeinigt, die

in erster Linie den VermieterInnen zugutekommen wird. Soziale Nöte werden dadurch kaum gelindert werden.

Viele Gemeinden, darunter die Stadt Knittelfeld oder die Stadt Graz, haben sich deswegen dazu entschieden, selbst tätig zu werden und zumindest in ihren Handlungsfeldern die Mieterhöhung selbst zu deckeln. „Diesem Beispiel sollte auch die Stadt Deutschlandsberg folgen“, fordert Gemeinderat Walter Weiss (KPÖ). „Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, die Mieten zu deckeln. Soziale Nöte werden durch die Einmalzahlung kaum gelindert. Deutschlandsberg sollte hier ein Zeichen setzen“, sagt Weiss.

Aus diesem Grund stellte der

KPÖ-Gemeinderat bei der Gemeinderatssitzung am 30. März einen Dringlichkeitsantrag, dass in den Deutschlandsberger Gemeindewohnungen bis Ende 2024 die Mieten um maximal zwei Prozent steigen sollen. Der Gemeinderat hat den Antrag dem zuständigen Ausschuss zur Bearbeitung zugewiesen. Die KPÖ wird weiter dafür kämpfen, dass diese Maßnahme umgesetzt wird.



Was uns AUF- und EINFÄLLT...

...dass das **Jufa Schilcherland** nach dem Umbau wieder geöffnet ist.



...dass im **Burgmuseum** ein versuchter Diebstahl vereitelt wurde.



...dass die **Wieserbahn** heuer ihr 150-jähriges Jubiläum feiert.



...dass die **S-Bahn** nun auch zu den Abend- und Wochenendzeiten über einen dichteren Fahrplan verfügt.



...dass in diesem Sommer hoffentlich wirklich mit den **Umbauten** am Hörbinger Sportplatz begonnen wird. Vizebürgermeister Fabian sagte dies in der Gemeinderatssitzung im März zu.



KPÖ

Kommunalpolitische Arbeit lebt von den Anregungen, die an einen herangetragen werden. Sollten Sie ein Anliegen haben oder uns auf etwas aufmerksam machen wollen, melden Sie sich bei uns!

Tel. 0681/1078 3346

E-Mail: walter_weiss@kpoe-steiermark.at

**Gemeinsam ist man stärker
als allein.**

Aus dem Gemeinderat

DEUTSCHLANDSBERG

KPÖ-Gemeinderat **Walter Weiss** fragte in der Fragestunde am 30. März Bürgermeister Wallner, mit welcher Höhe man bei den Mieten im Czerweny-Haus, nach dessen Umbau, rechnen darf. Der Bürgermeister antwortete, dass auf Grund der Förderungsvorgaben mit niedrigen Mieten zu rechnen ist. Die KPÖ wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass leistbarer Wohnraum in Deutschlandsberg geschaffen wird.

Ein weiterer Punkt in der Gemeinderatssitzung war der Beschluss der Auflage der **Änderung des Städtischen Entwicklungskonzepts**, um Richtlinien für Photovoltaikanlagen im Freiland festzulegen. „Bei diesem Punkt habe ich mich aus gutem Grund enthalten. Bei der Diskussion während der Sitzung wurde schnell klar, dass noch viele Punkte offen sind. Während die SPÖ

diese im Zuge der Einwendungen bearbeiten möchte, meine ich, dass hier schon davor gehandelt werden sollte“, so Walter Weiss. „Außerdem wäre es wünschenswert zuerst freie Dachflächen im Stadtgebiet zu nutzen, anstatt wertvolles Grünland zu verbauen“, meint der Gemeinderat weiter.

Keine Zustimmung seitens der KPÖ gab es zum Rechnungsabschluss 2022. „Wieder einmal wurden wichtige Projekte nicht umgesetzt und nach hinten geschoben. Dies geschieht nun schon seit Jahren, weswegen die Umsetzung immer teurer wird. Natürlich stimmt es, dass die Budgetlage derzeit angespannt ist, trotzdem sollten sinnvolle Investitionen wie die Neugestaltung des Hörbinger Sportplatzes endlich zur Umsetzung kommen“, erklärt Gemeinderat Walter Weiss sein Abstimmungsverhalten.

1. Mai: Feiertag der arbeitenden Menschen

Seit 133 Jahren wird in aller Welt der 1. Mai als Tag der Solidarität und der Widerständigkeit von unten begangen. Dieser Tag ist für uns ein Symbol für soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsbedingungen, ein leistbares Leben und Frieden für alle Menschen. Heute ist es notwendiger denn je, dafür auf die Straße zu gehen. Der Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise. Pandemie, Krieg und Banken-Krisen ha-

ben diese weiter verschärft. Für die meisten Menschen wird es immer schwieriger, die Kosten des täglichen Lebens zu tragen, während die Profite der Konzerne und Superreichen ins Unermessliche steigen.

3. Gemeinsam für ein leistbares Leben

Es braucht dringend Regulierungen für die Preise von Energie und Grundnahrungsmitteln.



ben diese weiter verschärft. Für die meisten Menschen wird es immer schwieriger, die Kosten des täglichen Lebens zu tragen, während die Profite der Konzerne und Superreichen ins Unermessliche steigen.

4. Für Frieden und Neutralität

Der Krieg in der Ukraine geht unvermindert weiter, er bringt Zerstörung und Tod, er zwingt Millionen zur Flucht und verschärft Hunger und Elend in vielen Teilen der Welt. Auch Österreich rüstet auf, beteiligt sich an der Militarisierung der EU und trägt Sanktionen mit, die nicht geeignet sind, den Krieg zu verkürzen, aber Teuerung und soziale Notlagen in allen Ländern verstärken. Wir stehen auf gegen den Krieg als Mittel der Politik, für Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa.

1. Wohnen darf nicht arm machen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis für alle Menschen und leistbares Wohnen ist ein Eckpfeiler einer sozial gerechten Gesellschaft. Gleichzeitig sind die steigenden Wohnkosten ein Hauptpreistreiber.

2. Für ein starkes Gesundheitswesen

Ausgebrannte Pflegekräfte

5. Gemeinsam können wir etwas ändern

Die Demonstrationen zum 1. Mai sind ein Zeichen der Hoffnung auf Veränderung, gegen Armut und Ausbeutung, gegen Kriegspolitik und Aufrüstung, gegen die Aushöhlung unserer Neutralität, gegen Umwelterstörung und für eine Welt der Solidarität, der Gleichberechtigung, des Friedens und des Sozialismus.

Feriencamps für Kinder und Jugendliche

Spass, Abenteuer, Action

kinderland Steiermark

für Kinder im Alter von 6-15 Jahren

- ★ Vollpension in unserem Feriendorf am Turnersee in Kärnten
- ★ Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- ★ Umfangreiches Programm z. B.: Nachtgeländespiel, Olympiade, Wanderungen uvm.
- ★ Hin- und Rückreise mit Bussen (verschiedene Einstiegsmöglichkeiten)
- ★ FÖRDERUNGEN möglich!

1-2 ODER 3 Wochen möglich!

Feriendorf Turnersee

09.07. bis 12.08.2023

0316/82 90 70

office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Das Land Steiermark
Gesundheit, Pflege, Sport und Gesellschaft

GRAZ

Sie haben ein Anliegen?

Wir sind für Sie da!

0316/877 5104

KPÖ-Landtagsklub

kinderland Steiermark

Heizkosten-Zuschuss: Familien schauen durch die Finger!

94,4 Millionen Euro stehen der Steiermark für den Heiz- und Wohnkosten-Zuschuss des Bundes zur Verfügung. Was nach viel Geld klingt, deckt in Wahrheit nur einmalig einen Bruchteil der Mehrkosten ab. Anstatt das massive Teuerungsproblem systematisch anzugehen, greift die Bundesregierung einmal mehr zu ungenügender Symptombehandlung in Form der nächsten Einmalzahlung.

Wie diese in der Steiermark ausgezahlt wird, haben ÖVP und SPÖ Ende März bekanntgegeben: Im Juni werden 400 Euro an die rund 40.000 steirischen Haushalte, die Sozial- oder Wohnunterstützung bzw. den Heizkostenzuschuss des Landes bezogen haben, automatisch überwiesen. Auch Haushalte, die 2022 weniger als 30.000 Euro Netto-Familieneinkommen hatten, sollen Anspruch haben.

Das Problem bei dieser Lösung: Für eine Familie mit mehreren Kindern lässt die Landesregierung exakt die-

selbe Einkommensgrenze wie für eine alleinstehende Person gelten. Ein Mehrpersonenhaushalt hat aber notwendigerweise höhere Ausgaben und Mehrkosten. Entsprechend häufig sind beide erwerbstätig, um die Wohn- und Lebenskosten bestreiten zu können. Zu zweit sind 30.000 Euro Netto-Haushaltseinkommen aber sehr schnell erreicht. Mit der geplanten Regelung fallen

somit viele Paare und Familien um den Zuschuss um, selbst wenn beide unterdurchschnittliche Gehälter beziehen. Die enorme Teuerung trifft aber mittlerweile selbst Personen und Familien mit mittleren Einkommen hart. Auch diese bräuchten diese 400 Euro dringend. Die KPÖ wird im Landtag Druck machen und die Landesregierung auffordern, hier noch nachzubessern.



KLEIN, aber MIT BISS

Über 47 Millionen Überstunden haben Unternehmen in Österreich im letzten Jahr nicht bezahlt. Das sind die echten Sozialbetrüger.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und Druck: KPÖ-Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at – **Fotos:** Adobe Stock, KPÖ

Offenlegung: Die Deutschlandsberger Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark – dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Kommentar

KPÖ-Gemeinderat
Walter Weiss

*Liebe Deutschlandsbergerin!
Lieber Deutschlandsberger!*



Wohnen darf nicht arm machen!

Die Teuerung hat unser Land fest im Griff. Alles wird teurer, ganz besonders die Wohnkosten. Mieterinnen und Mieter sehen sich mehrmals pro Jahr mit Mieterhöhungen konfrontiert. Das Heizen wurde für viele Menschen im letzten Winter zu einer Geldfrage. Der Blick auf die Stromrechnung war für viele ein Schock: Wer nicht mit einer saftigen Nachzahlung konfrontiert war, dem blühte jedenfalls eine enorme Erhöhung der laufenden Kosten.

Oft wird so getan, als kämen diese Preissteigerungen aus dem Nichts, als wären sie ein Naturgesetz. Dem ist aber nicht so. Die Politik kann sehr wohl eingreifen. Bundes- und Landesregierung sehen aber oft nur zu, wie Menschen täglich vor größere Probleme gestellt werden, die Alltagskosten zu bewältigen. Schlimmer: Sie bedienen die Interessen von Immobilien- und Energiekonzernen.

Wollen wir in einem Land leben, wo sich Familien zwischen Essen und Heizen entscheiden müssen? Wo Strom zum Luxusgut wird? Wo man trotz eines geregelten Einkommens in Angst davor leben muss, sein Dach über dem Kopf zu verlieren?

Die KPÖ setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Wohnen nicht arm macht. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass nur der Druck von vielen tausenden Menschen die Landesregierung zum Einlenken bringt. Deswegen bitte ich Sie: Unterschreiben Sie unsere Wohnpetition! Laden Sie auch Ihre FreundInnen und KollegInnen ein, mitzuhelfen. Zeigen wir den Verantwortlichen gemeinsam, dass es so nicht weitergehen kann!

Ihr KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss

PS: Sollten Sie ein Anliegen haben, schreiben Sie mir eine E-Mail an:

walter_weiss@kpoe-steiermark.at

oder hinterlassen Sie mir eine Nachricht mit Namen und Telefonnummer unter 0681/107 83346.

KPÖ

Wohnen darf nicht arm machen!

Die steigenden Wohnkosten stellen immer mehr Menschen vor existenzielle Probleme. Miete, Heizung, Strom und Betriebskosten: eine Teuerung folgt auf die nächste. Viele Menschen wünschen sich eine Eindämmung der Wohnkosten. Sowohl Bundes- als auch Landesregierung bleiben aber wirksame Maßnahmen schuldig. Anstatt die letzte Mieterhöhung auszusetzen hat die Bundesregierung eine Beihilfe für jeden Haushalt beschlossen, die aber nur einen Bruchteil der Teuerung ausgleicht. Die Inflation wird so weiter angekurbelt.

Viele Menschen mit unterdurchschnittlichen Löhnen werden von dieser Beihilfe nicht mehr erfasst. Die stei-



Hohe Betriebskosten verteuern das Wohnen zusätzlich.

rische Landesregierung nimmt die steigenden Wohnkosten tatenlos hin.

Die Wohnbeihilfe bzw. Wohnunterstützung wurde seit zwölf

Jahren nicht erhöht, obwohl Mieten und Betriebskosten im selben Zeitraum um über 40 Prozent gestiegen sind. Es wird für viele immer schwieriger,

mit dem Geld auszukommen. Seit vielen Jahren wird es von Bundes- und Landesregierung verabsäumt, bei den Wohnkosten eine Grenze einzuziehen. Die Menschen fühlen sich im Stich gelassen – dabei gäbe es zahlreiche Vorschläge, wie man die Preissteigerung bekämpfen und die Folgen nachhaltig abfedern könnte.

Deshalb braucht es viele Stimmen, die sich für ein leistbares Wohnen stark machen!

Die Teuerung ist kein Naturgesetz. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass die Wohnkosten niemanden mehr an den Rand der Existenz bringen.

Helfen Sie mit, dafür möglichst viele Unterschriften zu sammeln!



Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

1. Anhebung der Wohnunterstützung sowie der Einkommensgrenzen. Richtlinien ändern, damit wieder mehr Menschen die Wohnunterstützung bekommen können.
2. Einkommensgrenzen beim Kautionsfonds erhöhen.
3. Anhebung des Heizkostenzuschusses sowie der Einkommensgrenzen.
4. Erhöhung der Wohnkostenpauschale der Sozialunterstützung.
5. Wohnunterstützung auch für Bezieher der Sozialunterstützung: Einsatz der Landesregierung für Änderung des Bundesgesetzes.
6. Petition für ein verständliches und soziales Mietrechtsgesetz mit niedrigen Mietzinsobergrenzen an die Bundesregierung.
7. Ausbau und Erhalt von öffentlichem Wohnbau.

LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Ausgefüllte Listen bitte per Post an *KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz* schicken oder im KPÖ-Landtagsklub, im Volkshaus in der Grazer Lagergasse 98a oder in Ihrem KPÖ-Büro vor Ort abgeben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Kontaktinformationen: Telefon: 0316 877-5104 | E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at | Webseite: www.kpoe-steiermark.at